



SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT
 CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE
 CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss

Décision

Decisione

28 JUNI 1989

1163

Abkommen mit der Bundesrepublik Deutschland
 zur Aenderung des Abkommens vom 1. Juni 1961
 über die Errichtung nebeneinanderliegender
 Grenzabfertigungsstellen und die Grenzabfertigung
 in Verkehrsmitteln während der Fahrt

Aufgrund des Antrags des EDA vom 8. Juni 1989
 Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

Abkommen mit der Bundesrepublik Deutschland
 zur Aenderung des Abkommens vom 1. Juni 1961
 über die Errichtung nebeneinanderliegender
 Grenzabfertigungsstellen und die Grenzabfertigung
 in Verkehrsmitteln während der Fahrt

beschlossen:

Botschaft und Entwurf zum Bundesbeschluss über das Abkommen mit
 der Bundesrepublik Deutschland zur Aenderung des Abkommens vom
 1. Juni 1961 über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenz-
 abfertigungsstellen und die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln
 während der Fahrt werden gutgeheissen.

Für getreuen Auszug,
 der Protokollführer:

Veröffentlichung:

Bundesblatt

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
X		EDA	10	-
		EDI		
		EJPD		
		EMD		
	X	EFD	7	-
		EVD		
		EVED		
X		BK	5	-
		EFK		
		Fin.Del.		



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

s.B.11.20.1.A

Bern, den 8. Juni 1989

An den Bundesrat

Abkommen mit der Bundesrepublik Deutschland
zur Aenderung des Abkommens vom 1. Juni 1961
über die Errichtung nebeneinanderliegender
Grenzabfertigungsstellen und die Grenzabfertigung
in Verkehrsmitteln während der Fahrt

Wir unterbreiten Ihnen Botschaft und Entwurf zum Bundesbeschluss über das Abkommen vom 12. April 1989 zur Aenderung des Abkommens vom 1. Juni 1961 über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen und die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt.

Die Eidg. Steuerverwaltung und die Oberzolldirektion wurden konsultiert und sind einverstanden.

Wir beantragen Ihnen, dem beiliegenden Beschlussentwurf zuzustimmen.

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT
FUER AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN

René Felber

Veröffentlichung im Bundesblatt



- Beilagen:
- Entwurf des Beschlussdispositivs
 - Botschaftsentwurf
 - Entwurf des Bundesbeschlusses
 - Entwurf der Pressemitteilung

Zum Mitbericht an das Finanzdepartement (Steuerverwaltung und Oberzolldirektion)

Protokollauszug an das Departement für auswärtige Angelegenheiten (Direktion für Völkerrecht) und das Finanzdepartement (Steuerverwaltung und Oberzolldirektion)

Abkommen mit der Bundesrepublik Deutschland zur Änderung des Abkommens vom 1. Juni 1961 über die Erleichterung nebenanliegender Grenzübergangsstellen und die Grenzüberleitung in Verkehrsmitteln während der Fahrt.

Wir unterbreiten Ihnen Botschaft und Entwurf zum Bundesbeschluss über das Abkommen vom 12. April 1989 zur Änderung des Abkommens vom 1. Juni 1961 über die Erleichterung nebenanliegender Grenzübergangsstellen und die Grenzüberleitung in Verkehrsmitteln während der Fahrt.

Die Eidg. Steuerverwaltung und die Oberzolldirektion wurden konsultiert und sind einverstanden.

Wir beantragen Ihnen, dem beiliegenden Beschlussentwurf zuzustimmen.

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN


René Felber

Vorstellung im Bundesrat

Botschaft

zum Abkommen mit der Bundesrepublik Deutschland zur
Aenderung des Abkommens über die Errichtung
nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen und die
Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt

**Abkommen mit der Bundesrepublik Deutschland
zur Aenderung des Abkommens vom 1. Juni 1961
über die Errichtung nebeneinanderliegender
Grenzabfertigungsstellen und die Grenzabfertigung
in Verkehrsmitteln während der Fahrt**

Aufgrund des Antrags des EDA vom 8. Juni 1989

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

wir unterbreiten Ihnen beschlossen: einen Bundesbeschluss
über das am 17. April 1985 unterzeichnete Abkommen zur
Aenderung des Abkommens vom 1. Juni 1961 mit der Bundesre-

Botschaft und Entwurf zum Bundesbeschluss über das Abkommen mit
der Bundesrepublik Deutschland zur Aenderung des Abkommens vom
1. Juni 1961 über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenz-
abfertigungsstellen und die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln
während der Fahrt werden gutgeheissen.

Wir versichern Sie, sehr geehrte Herren Präsidenten, sehr
geehrte Damen und Herren, unsern besten Dank.

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:

1989 In Namen des Schweizerischen Bundesrates

Veröffentlichung:

Bundesblatt

Der Bundespräsident: Delamuraz

Der Bundeskanzler: Buser

Botschaft

zum Abkommen mit der Bundesrepublik Deutschland zur
 Änderung des Abkommens über die Errichtung
 nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen und die
 Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt
 vom

Sehr geehrte Herren Präsidenten,
 sehr geehrte Damen und Herren,

wir unterbreiten Ihnen den Entwurf zu einem Bundesbeschluss
 über das am 12. April 1989 unterzeichnete Abkommen zur
 Änderung des Abkommens vom 1. Juni 1961 mit der Bundesre-
 publik Deutschland über die Errichtung nebeneinander-
 liegender Grenzabfertigungsstellen und die Grenzabfertigung
 in Verkehrsmitteln während der Fahrt, mit dem Antrag auf
 Zustimmung.

Wir versichern Sie, sehr geehrte Herren Präsidenten, sehr
 geehrte Damen und Herren, unserer vorzüglichen Hochachtung.

1989 Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident: Delamuraz

Der Bundeskanzler: Buser

Uebersicht

Das Abkommen vom 1. Juni 1961 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen und die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt bestimmt in Artikel 22 Absatz 2, dass Zolldeklaranten, die ihre Tätigkeit in nebeneinanderliegenden Grenzabfertigungsstellen ausüben, für die direkten Steuern aus dieser Tätigkeit von dem Staat besteuert werden, auf dessen Gebiet sich die Grenzabfertigungsstelle befindet. Das vorliegende Aenderungsabkommen sieht demgegenüber vor, dass die direkten Steuern von dem Staat erhoben werden, dem die Grenzabfertigungsstelle angehört.

Der beiden Staaten wohnen, wenn bei den nebeneinanderliegenden Grenzabfertigungsstellen beider Staaten alle die Grenzabfertigung ausübende Tätigkeit ohne besondere Bewilligung ausüben. Sie sind von den Behörden des anderen Staates gleichberechtigt mit dessen Angehörigen zu behandeln.

Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Personen, die diese Tätigkeiten ausüben. Die so ausgeübten Tätigkeiten und die daraus resultierende Steuer als auch die Steuerpflicht im dem Staat, aus dem oder dem Ort, an dem die Grenzabfertigungsstelle angehört. Dieser Absatz gilt nicht für die Erhebung der direkten Steuern (Steuern von Einkommen und Vermögen usw.).

Diese Bestimmungen beziehen sich auf die Zolldeklaranten, Personen die gewerbenässig aufgrund privater Aufträge in den Grenzabfertigungsanlagen tätig sind, insbesondere Speditionen.

Die schweizerischen und die deutschen Grenzabfertigungsanlagen am Aachbahnübergang Basel-Weil befinden sich auf deutschem Gebiet. Die dortigen Büros der schweizerischen Zolldeklaranten sind Betriebsstätten im Sinne des Abkommens vom 11. August 1971 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern von Einkommen und vom Vermögen (SR 0.672.913.62, AS 1972 3075).

Botschaft

1 Allgemeiner Teil

11 Ausgangslage

Artikel 22 Absätze 1 und 2 des Abkommens vom 1. Juni 1961 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen und die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt (SR 0.631.252.913.690, AS 1964 391) bestimmt:

"(1) Personen, die in einem der beiden Staaten wohnen, können bei den nebeneinanderliegenden Grenzabfertigungsstellen beider Staaten alle die Grenzabfertigung betreffenden Tätigkeiten ohne besondere Bewilligung vornehmen. Sie sind von den Behörden des anderen Staates gleichberechtigt mit dessen Angehörigen zu behandeln.

(2) Absatz 1 gilt auch für Personen, die diese Tätigkeiten gewerbsmässig ausüben. Die so ausgeübten Tätigkeiten und bewirkten Leistungen werden für die Umsatzsteuer als ausschliesslich in dem Staat ausgeübt oder bewirkt angesehen, dem die Grenzabfertigungsstelle angehört. Dieser Absatz gilt nicht für die Erhebung der direkten Steuern (Steuern vom Einkommen und Vermögen usw.)."

Diese Bestimmungen beziehen sich auf die Zolldeklaranten, Personen die gewerbsmässig aufgrund privater Aufträge in den Grenzabfertigungsanlagen tätig sind, insbesondere Speditionsfirmen.

Die schweizerischen und die deutschen Grenzabfertigungsanlagen am Autobahnübergang Basel-Weil befinden sich auf deutschem Gebiet. Die dortigen Büros der schweizerischen Zolldeklaranten sind Betriebsstätten im Sinne des Abkommens vom 11. August 1971 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (SR 0.672.913.62, AS 1972 3075).

Der Vertrag vom 9. Juni 1978 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland über den Autobahnzusammenschluss im Raum Basel und Weil am Rhein (SR 0.725.121, AS 1980 985) verweist im Artikel 5 bezüglich der Grenzabfertigungsanlagen auf das Abkommen von 1961 und in Artikel 10 auf das Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung, ohne jedoch für die Zolldeklaranten eine besondere Regelung vorzusehen.

Nach der Inbetriebnahme der Grenzabfertigungsanlagen am Autobahnübergang Basel-Weil haben sich die Speditionsfirmen gegen die ihrer Ansicht nach nicht gerechtfertigte Besteuerung ihre Zolldeklarantentätigkeit durch die Bundesrepublik Deutschland mit dem Argument gewandt, sie seien gezwungen, auf deutschem Gebiet tätig zu sein, da sich die Grenzabfertigungsanlagen eben auf deutschem Gebiet befänden. Sie verlangten, von der Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland für die Zolldeklarantentätigkeit in den schweizerischen und deutschen Grenzabfertigungsanlagen am Uebergang Basel-Weil befreit zu werden.

12 Verlauf der Verhandlungen

In mehreren Gesprächsrunden zwischen den Steuer- und Zollverwaltungen der beiden Staaten wurde festgestellt, dass die aufgrund des Abkommens von 1961 über die nebeneinanderliegenden Grenzabfertigungsstellen, desjenigen von 1971 zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und des Vertrags von 1978 über den Autobahnzusammenschluss bei Basel-Weil keine Möglichkeit besteht, die Zolldeklaranten von der Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland auszunehmen.

Die deutsche Seite war jedoch bereit, dem schweizerischen Begehren teilweise entgegenzukommen und zu einer allgemeinen Regelung Hand zu bieten, durch die die Zolldeklaranten, die in einer Grenzabfertigungsanlage des einen Staates auf dem Gebiet des andern Staates tätig sind, für diese Tätigkeit von jenem besteuert werden. Dagegen sind die Zolldeklaranten für die in den Grenzabfertigungsstellen des Gebietsstaates ausgeübte Tätigkeit der Besteuerung durch diesen Staat

unterworfen.

2 Besonderer Teil

21 Kommentar zum Abkommen

211 Beurteilung des Abkommens

Die neu getroffene Regelung entspricht den Wünschen der Behörden des Bundes und des Kantons Basel-Stadt. Sie ist die gleiche wie in Artikel 23 des Abkommens vom 28. September 1960 zwischen der Schweiz und Frankreich über die nebeneinanderliegenden Grenzabfertigungsstellen und die Grenzabfertigung während der Fahrt (SR 0.631.252.934.95, AS 1961 569) und im Artikel 22 des Abkommens vom 11. März 1961 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Italienischen Republik über die nebeneinanderliegenden Grenzabfertigungsstellen und die Grenzabfertigung während der Fahrt (SR 0.631.252.945.460, AS 1963 715).

212 Kommentar zu den einzelnen Bestimmungen

Artikel 1 des Abkommens fasst den Artikel 22 des Abkommens von 1961 neu. Der Absatz 1 ist unverändert. Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden unverändert zu den Absätzen 4 und 5. Im bisherigen Absatz 2 wird der letzte Satz bezüglich der direkten Steuern gestrichen. Ein neuer Absatz 3 regelt die Erhebung der direkten Steuern. Die Tätigkeit der Zolldeklaranten aus dem einen Staat in dessen Grenzabfertigungsanlagen auf dem Gebiet des anderen Staates unterliegt für Einkommen und Vermögen der Besteuerung durch den Staat, dem die Anlage gehört.

Artikel 2 ist die im Abkommen mit der Bundesrepublik Deutschland übliche Berlin-Klausel.

Artikel 3 regelt die Ratifikation, das Inkrafttreten und das Ausserkrafttreten.

3 Finanzielle und personelle Auswirkungen

Das Änderungsabkommen hat insofern finanzielle Auswirkungen für die Kantone und den Bund, als einerseits deutsche Zolldeklaranten für ihre Tätigkeit in deutschen Grenzabfertigungsanlagen auf schweizerischem Gebiet in der Schweiz nicht besteuert werden können, andererseits aber schweizerische Zolldeklaranten für ihre Tätigkeit in schweizerischen Anlagen auf deutschem Gebiet neu erfasst werden. Es ist nicht möglich nähere Zahlenangaben zu machen. Die Vorlage hat keine personellen Auswirkungen.

4 Richtlinien der Regierungspolitik

Die Vorlage ist in den Regierungsrichtlinien 1987 - 1991 nicht ausdrücklich erwähnt, gehört jedoch zu den unter "weiteren Vorlagen der Legislaturperiode 1987 - 1991" angeführten Zollabkommen.

5 Verfassungsmässigkeit

Die verfassungsmässige Grundlage zum Abschluss des Abkommens bildet Artikel 8 der Bundesverfassung, nach welchem dem Bund das Recht zum Abschluss von Staatsverträgen mit dem Ausland zusteht.

Die Zuständigkeit der Bundesversammlung beruht auf Artikel 85 Ziffer 5 der Bundesverfassung. Das Abkommen ändert dasjenige von 1961. Dieses ist kündbar, sieht nicht den Beitritt zu einer internationalen Organisation vor und führt keine multilaterale Rechtsvereinheitlichung herbei. Das Änderungsabkommen untersteht somit nicht dem fakultativen Referendum gemäss Artikel 89 Absatz 3 der Bundesverfassung.

Entwurf

Bundesbeschluss
betreffend das Abkommen mit der Bundesrepublik Deutschland
zur Aenderung des Abkommens vom 1. Juni 1961 über die
Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen
und die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der
Fahrt.

vom

Abkommen

zur Aenderung des Abkommens vom 1. Juni 1961
zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der
Bundesrepublik Deutschland über die Errichtung
nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen und die

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
gestützt auf Artikel 8 der Bundesverfassung,
nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom ,

beschliesst:

Art. 1

1 Das am 12. April 1989 unterzeichnete Abkommen zwischen der
Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik
Deutschland zur Aenderung des Abkommens vom 1. Juni 1961
zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der
Bundesrepublik Deutschland über die Errichtung nebenei-
nanderliegender Grenzabfertigungsstellen und die Grenz-
abfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt wird
genehmigt.

2 Der Bundesrat wird ermächtigt, das Abkommen zu
ratifizieren.

Art. 2

Dieser Beschluss untersteht nicht dem Staatsvertragsrefe-
rendum.'

Die Schweizerische Eidgenossenschaft
und
die Bundesrepublik Deutschland

in der Absicht, die in dem Abkommen vom 1. Juni 1961 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen und die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt vorgesehene Besteuerung der Zolldeklaranten den veränderten Bedürfnissen anzupassen

sind wie folgt übereingekommen:

Abkommen

zur Aenderung des Abkommens vom 1. Juni 1961
zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der
Bundesrepublik Deutschland über die Errichtung
nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen und die
Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt

Artikel 21

(1) Personen, die an den nebeneinanderliegenden Grenzabfertigungsstellen beider Staaten alle die Grenzabfertigung betreffenden Tätigkeiten ohne besondere Bewilligung vornehmen, sind von den Behörden des anderen Staates gleichberechtigt mit dessen Angehörigen zu behandeln.

(2) Absatz 1 gilt auch für Personen, die diese Tätigkeiten gewerkschaftlich ausüben. Die so ausgeübten Tätigkeiten und bewirkten Leistungen werden für die Umsatzsteuer als ausschliesslich in dem Staat ausgeübt oder bewirkt angesehen, dem die Grenzabfertigungsstelle angehört.

(3) Die von Personen aus dem Nachbarstaat bei dessen Grenzabfertigungsstellen gewerkschaftlich ausgeübten Tätigkeiten werden für die Erhebung der direkten Steuern (Steuern von Einkommen und Vermögen usw.) und für die Anwendung des zwischen den beiden Vertragspartnern geschlossenen Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern von Einkommen und von Vermögen als ausschliesslich im Nachbarstaat ausgeübt angesehen.

(4) Die in Absatz 2 genannten Personen können für die dort aufgeführten Tätigkeiten gleichermaßen deutsches wie schweizerisches Personal beschäftigen.

Die Schweizerische Eidgenossenschaft

und

die Bundesrepublik Deutschland -

in der Absicht, die in dem Abkommen vom 1. Juni 1961 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen und die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt vorgesehene Besteuerung der Zolldeklaranten den veränderten Bedürfnissen anzupassen -

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Artikel 22 des Abkommens erhält folgende Fassung:

"(1) Personen, die in einem der beiden Staaten wohnen, können bei den nebeneinanderliegenden Grenzabfertigungsstellen beider Staaten alle die Grenzabfertigung betreffenden Tätigkeiten ohne besondere Bewilligung vornehmen. Sie sind von den Behörden des anderen Staates gleichberechtigt mit dessen Angehörigen zu behandeln.

(2) Absatz 1 gilt auch für Personen, die diese Tätigkeiten gewerbsmässig ausüben. Die so ausgeübten Tätigkeiten und bewirkten Leistungen werden für die Umsatzsteuer als ausschliesslich in dem Staat ausgeübt oder bewirkt angesehen, dem die Grenzabfertigungsstelle angehört.

(3) Die von Personen aus dem Nachbarstaat bei dessen Grenzabfertigungsstellen gewerbsmässig ausgeübten Tätigkeiten werden für die Erhebung der direkten Steuern (Steuern vom Einkommen und Vermögen usw.) und für die Anwendung des zwischen den beiden Vertragsparteien geschlossenen Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen als ausschliesslich im Nachbarstaat ausgeübt angesehen.

(4) Die in Absatz 2 genannten Personen können für die dort aufgeführten Tätigkeiten gleichermaßen deutsches wie schweizerisches Personal beschäftigen.

(5) Für den Grenzübertritt und den Aufenthalt der in den vorstehenden Sätzen genannten Personen im Gebietsstaat gelten dessen allgemeine Bestimmungen. Die danach möglichen Erleichterungen sind zu gewähren. Unterlie ihre Tätigkeit, sofern sie diese als Ausländer im Gebietsstaat ausüben einer Bewilligungspflicht, so ist die Bewilligung von den zuständigen Behörden zu erteilen, und zwar unentgeltlich."

Artikel 2

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Schweizerischen Bundesrat innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenseitige Erklärung abgibt.

Artikel 3

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bern ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Dieses Abkommen tritt ausser Kraft, wenn das Abkommen vom 1. Juni 1951 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen und die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt ausser Kraft tritt.

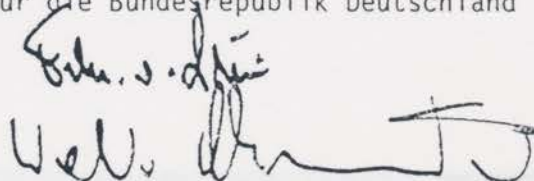
Geschehen zu Bonn
in zwei Urschriften

am 12. April 1981

Für die Schweizerische Eidgenossenschaft



Für die Bundesrepublik Deutschland



Message

concernant l'Accord avec la République fédérale d'Allemagne en vue de la modification de la Convention relative à la création de bureaux à contrôles nationaux juxtaposés et aux contrôles dans les véhicules en cours de route

du véhicules en cours de route dispose à l'article 22, le
 qu'ils, que les déclarants en douane qui effectuent leurs

Messieurs les Présidents, Mesdames et Messieurs,

Par le présent message, nous soumettons à votre approbation un projet d'arrêté fédéral concernant l'Accord signé le 12 avril 1989 en vue de la modification de la Convention du 1er juin 1961 avec la République fédérale d'Allemagne relative à la création de bureaux à contrôles nationaux juxtaposés et aux contrôles dans les véhicules en cours de route.

Nous vous prions d'agréer, Messieurs les Présidents, Mesdames et Messieurs, l'assurance de notre haute considération.

1989

Au nom du Conseil fédéral suisse:

Le président de la Confédération: Delamura:

Le chancelier de la Confédération: Buser

Condensé

La Convention du 1er juin 1961 entre la Confédération suisse et la République fédérale d'Allemagne relative à la création de bureaux à contrôles nationaux juxtaposés et aux contrôles dans les véhicules en cours de route dispose à l'article 22, 2e alinéa, que les déclarants en douane qui effectuent leurs opérations auprès des bureaux à contrôles nationaux juxtaposés sont imposés, en ce qui concerne l'impôt direct sur ces opérations, par l'Etat sur le territoire duquel se trouve le bureau à contrôles. Le présent Accord en vue de la modification de la Convention prévoit par contre que les impôts directs sont perçus par l'Etat auquel le bureau à contrôles est rattaché.

nationaux juxtaposés des deux Etats, toutes les opérations relatives au contrôle, sans autorisation spéciale. Les autorités de l'autre Etat doivent leur accorder le même traitement qu'aux propres ressortissants de cet Etat.

(2) Les dispositions du paragraphe premier sont également applicables aux personnes qui effectuent ces opérations à titre professionnel. Les opérations effectuées et les services rendus dans ces conditions sont considérés, en ce qui concerne l'impôt sur le chiffre d'affaires, comme exclusivement effectués ou rendus dans l'Etat auquel le bureau de contrôle est rattaché. Cet alinéa n'est pas applicable à la perception des impôts directs (impôts sur le revenu et la fortune, etc.).

Ces dispositions sont applicables aux déclarants en douane, personnes qui effectuent leurs opérations à titre professionnel auprès des bureaux à contrôles sur la base de mandats prévus, en particulier les transitaires.

Les bureaux à contrôles suisses et allemands situés au passage autoroutier de Weil - Weil se trouvent sur territoire allemand. Les bureaux des déclarants en douane suisses de l'entité représentée par les établissements stables au sens de la Convention du 11 août 1951 entre la Confédération suisse et la République fédérale d'Allemagne en vue d'éviter les doubles

Message

1 Partie générale

11 Situation initiale

L'article 22, alinéas 1 et 2, de la Convention du 1er juin 1961 entre la Confédération suisse et la République fédérale d'Allemagne relative à la création de bureaux à contrôles nationaux juxtaposés et aux contrôles dans les véhicules en cours de route (RS 0.631.252.913.690, RO 1964 387) dispose:

"(1) Les personnes qui ont leur résidence dans l'un des deux Etats peuvent effectuer, auprès des bureaux à contrôles nationaux juxtaposés des deux Etats, toutes les opérations relatives au contrôle, sans autorisation spéciale. Les autorités de l'autre Etat doivent leur accorder le même traitement qu'aux propres ressortissants de cet Etat.

(2) Les dispositions du paragraphe premier sont également applicables aux personnes qui effectuent ces opérations à titre professionnel. Les opérations effectuées et les services rendus dans ces conditions sont considérés, en ce qui concerne l'impôt sur le chiffre d'affaires, comme exclusivement effectuées ou rendus dans l'Etat auquel le bureau de contrôle est rattaché. Cet alinéa n'est pas applicable à la perception des impôts directs (impôts sur le revenu et la fortune, etc.)."

Ces dispositions sont applicables aux déclarants en douane, personnes qui effectuent leurs opérations à titre professionnel auprès des bureaux à contrôles sur la base de mandats privés, en particulier les transitaires.

Les bureaux à contrôles suisses et allemands situés au passage autoroutier de Bâle - Weil se trouvent sur territoire allemand. Les bureaux des déclarants en douane suisses de l'endroit représentent des établissements stables au sens de la Convention du 11 août 1971 entre la Confédération suisse et la République fédérale d'Allemagne en vue d'éviter les doubles

impositions en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune (RS 0.672.913.62, RO 1972 3128).

L'Accord du 9 juin 1978 entre la Confédération suisse et la République fédérale d'Allemagne concernant le raccordement des autoroutes dans la région de Bâle et Weil am Rhein (RS 0.725.121, RO 1980 985) renvoie, à son article 5 relatif aux bureaux à contrôles, à la Convention de 1961 et, à son article 10, à la Convention en vue d'éviter les doubles impositions, sans pour autant prévoir une réglementation particulière pour les déclarants en douane.

Après la mise en service des bureaux à contrôles situés au passage autoroutier de Bâle-Weil, les transitaires se sont élevés contre l'imposition, injustifiée selon eux, de leurs opérations de déclarants en douane par la République fédérale d'Allemagne, en arguant qu'ils étaient contraints d'effectuer leurs opérations sur le territoire allemand du fait que les bureaux à contrôles se trouvaient précisément sur le territoire allemand. Ils exigeaient d'être exonérés d'impôts en République fédérale d'Allemagne pour leurs opérations de déclarants en douane auprès des bureaux à contrôles suisses et allemands au passage autoroutier de Bâle-Weil.

12 Déroulement des négociations

Dans plusieurs phases de négociations entre les administrations fiscales et des douanes des deux Etats, il avait été constaté que, sur la base de la Convention de 1961 relative à la création de bureaux à contrôles nationaux juxtaposés, de la Convention de 1971 en vue d'éviter les doubles impositions, ainsi que de l'Accord de 1978 concernant le raccordement des autoroutes dans la région de Bâle et Weil, il n'existait aucune possibilité d'exonérer les déclarants en douane de l'imposition en République fédérale d'Allemagne.

Du côté allemand on était cependant disposé à accepter partiellement la demande suisse et à souscrire à une réglementation générale en vertu de laquelle les déclarants en

douane qui effectuent des opérations auprès d'un bureau à contrôles de l'un des Etats, situé sur le territoire de l'autre Etat, sont imposés par le premier. Les déclarants en douane demeurent par contre soumis à l'imposition de l'Etat de séjour pour les opérations effectuées auprès d'un bureau à contrôles rattaché à cet Etat.

2 Partie spéciale

21 Commentaire sur l'Accord

211 Appréciation de l'Accord

La réglementation nouvellement arrêtée correspond aux vœux des autorités de la Confédération et du canton de Bâle-Ville. Elle est la même que celle de l'article 23 de la Convention du 28 septembre 1960 entre la Suisse et la France relative aux bureaux à contrôles juxtaposés et aux contrôles en cours de route (RS 0.631.252.934.95, RO 1961 574) et de l'article 22 de la Convention du 11 mars 1961 entre la Confédération suisse et la République italienne relative aux bureaux à contrôles nationaux juxtaposés et aux contrôles en cours de route (RS 0.631.252.945.460, RO 1963 711).

213 Commentaire des dispositions

L'article premier de l'Accord reformule l'article 22 de la Convention de 1961. L'alinéa 1 reste inchangé. Les alinéas 3 et 4, inchangés, deviennent les alinéas 4 et 5. Dans l'alinéa 2, la dernière phrase relative aux impôts directs est éliminée. Un nouvel alinéa 3 règle la perception des impôts directs. Les opérations du déclarant en douane de l'un des Etats, effectuées auprès des bureaux à contrôles rattachés à ce dernier mais situés sur le territoire de l'autre Etat, sont imposées par l'Etat auquel sont rattachés les bureaux.

L'article 2 a trait à la Clause de Berlin, usuelle dans un accord avec la République fédérale d'Allemagne.

L'article 3 règle la ratification, l'entrée en vigueur et l'abrogation.

3 Conséquences financières et effets sur l'état du personnel

L'Accord en vue de la modification de la Convention a des conséquences financières pour les cantons et la Confédération dans la mesure où, d'une part, les déclarants en douane allemands ne peuvent plus être imposés en Suisse pour leurs opérations effectuées auprès des bureaux à contrôles allemands situés sur le territoire suisse, et où, d'autre part, les déclarants en douane suisses effectuant des opérations auprès des bureaux suisses situés sur le territoire allemand sont maintenant assujettis en Suisse. L'Accord n'a pas d'effets sur l'état du personnel.

4 Grandes lignes de la politique gouvernementale

L'Accord n'est pas expressément mentionné dans les Grandes lignes de la politique gouvernementale 1987 -1991, mais fait partie des accords douaniers mentionnés sous la rubrique "Autres projets de la législature 1987 - 1991".

5 Constitutionnalité

La conclusion de cet Accord est fondée sur l'article 8 de la constitution fédérale selon lequel la Confédération est compétente pour conclure des traités avec les Etats étrangers.

La compétence de l'Assemblée fédérale pour l'approbation des traités découle de l'article 85, chiffre 5, de la constitution fédérale. L'Accord modifie la Convention de 1961. Cette dernière est dénonçable, n'a pas pour effet l'adhésion à une organisation internationale et n'entraîne pas une unification multilatérale du droit. Le présent accord n'est dès lors pas sujet au référendum facultatif selon l'article 87, 3e alinéa, de la constitution fédérale.

Accord

Projet

en vue de la modification de la Convention du 1er juin 1961 entre la Confédération suisse et la République fédérale d'Allemagne relative à la création de bureaux à contrôles nationaux juxtaposés et aux contrôles dans les véhicules en

Arrêté fédéral

concernant l'Accord avec la République fédérale d'Allemagne en vue de la modification de la Convention du 1er juin 1961 relative à la création de bureaux à contrôles nationaux juxtaposés et aux contrôles dans les véhicules en cours de route.

La République fédérale d'Allemagne,

du
 l'intention d'adapter aux circonstances actuelles l'imposition des déclarants en douane prévue par la Convention du 1er juin 1961 entre la Confédération suisse et la République

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse,
 vu l'article 8 de la constitution;
 vu le message du Conseil fédéral du

arrête:

Article premier

Article premier

1 L'Accord entre la Confédération suisse et la République fédérale d'Allemagne, signé le 12 avril 1989, en vue de la modification de la Convention du 1er juin 1961 relative à la création de bureaux à contrôles nationaux juxtaposés et aux contrôles dans les véhicules en cours de route est approuvé.

2 Le Conseil fédéral est autorisé à ratifier l'Accord.

Article 2

Le présent arrêté n'est pas sujet au référendum en matière de traités internationaux.

Accord

en vue de la modification de la Convention du 1er juin 1961 entre la Confédération suisse et la République fédérale d'Allemagne relative à la création de bureaux à contrôles nationaux juxtaposés et aux contrôles dans les véhicules en cours de route

La Confédération suisse

et

La République fédérale d'Allemagne,

dans l'intention d'adapter aux circonstances actuelles l'imposition des déclarants en douane prévue par la Convention du 1er juin 1961 entre la Confédération suisse et la République fédérale d'Allemagne relative à la création de bureaux à contrôles nationaux juxtaposés et aux contrôles dans les véhicules en cours de route,

sont convenues de ce qui suit:

Article premier

L'article 22 de la Convention reçoit la teneur suivante:

"1 Les personnes qui ont leur résidence dans l'un des deux Etats peuvent effectuer, auprès des bureaux à contrôles nationaux juxtaposés des deux Etats, toutes les opérations relatives au contrôle, sans autorisation spéciale. Les autorités de l'autre Etat doivent leur accorder le même traitement qu'aux propres ressortissants de cet Etat.

2 Les dispositions du paragraphe premier sont également applicables aux personnes qui effectuent ces opérations à titre professionnel. Les opérations effectuées et les services rendus dans ces conditions sont considérés, en ce qui concerne l'impôt sur le chiffre d'affaires, comme exclusivement effectuées ou rendus dans l'Etat auquel le bureau de contrôle est rattaché.

3 Les opérations effectuées à titre professionnel par les personnes de l'Etat limitrophe auprès des bureaux à contrôles nationaux rattachés à cet Etat sont considérés, en ce qui concerne la perception des impôts directs (impôts sur le revenu et la fortune, etc.) et l'application de la Convention en vue d'éviter les doubles impositions en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune conclue entre les deux Parties, comme exclusivement effectuées dans l'Etat limitrophe.

4 Les personnes visées au paragraphe 2 peuvent, pour les opérations y mentionnées, employer indifféremment du personnel allemand ou suisse.

5 En ce qui concerne le franchissement de la frontière et le séjour dans cet Etat, les prescriptions générales de l'Etat de séjour sont applicables aux personnes visées aux paragraphes ci-dessus. Les facilités compatibles avec ces prescriptions doivent être accordées. Si l'activité de ces personnes est soumise à une autorisation, du fait qu'elles l'exercent dans l'Etat de séjour en tant qu'étrangers, cette autorisation doit être délivrée gratuitement par les autorités compétentes."

Article 2

Le présent Accord est également valable pour le territoire de Berlin, à moins que, dans un délai de trois mois à partir de son entrée en vigueur, le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne ne remette au Conseil fédéral une déclaration contraire.

Article 3

1 Le présent Accord sera ratifié et les instruments de ratification seront échangés aussitôt que possible à Berne.

2 Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois après l'échange des instruments de ratification.

3 Le présent Accord est abrogé lorsque la Convention du 1er

juin 1961 entre la Confédération suisse et la République fédérale d'Allemagne relative à la création de bureaux à contrôles nationaux juxtaposés et aux contrôles dans les véhicules en cours de route est abrogé.

Schweizerische Beteiligung an friedenserhaltenden Aktionen: Zweites Massschuttpaket

Fait à Bonn

le 12 avril 1989

en double exemplaire

Aufgrund des Antrages des EDA und des EMD vom 9. Juni 1989 aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

Pour la Confédération suisse

beschlossen:

1. Für die schweizerische Beteiligung A. Hohl an friedenserhaltenden Aktionen im Jahre 1990 wird ein Betrag von 15 Mio. Franken - unter der EDA-Budgetrubrik 701.493.75 "Friedenserhaltende Aktionen" - bereitgestellt.

Pour la République fédérale d'Allemagne

1. Folgende friedenserhaltende Operationen der Vereinten Nationen werden für 1990 mit finanzieller Unterstützung von:

Frhr. v. Stein

- a) Der Friedenssicherungstruppe der Vereinten Nationen auf Zypern (UNFICYP) wird ein Beitrag in der Höhe von 3 Mio. Franken zugesprochen. 2 Mio. Franken werden zu Beginn 1990 bezahlt, während 1 Mio. erst im Laufe des Jahres 1990 bezahlt wird, sofern dieser Betrag nicht aufgrund eines Antrages an den Bundesrat für anderweitige dringende Bedürfnisse der UNO auf dem Gebiet der friedenserhaltenden Aktionen benötigt wird.

Walter Schmutzer

- a) Der Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon (UNIFIL) wird ein Betrag von 2,5 Mio. Franken zugesprochen.